

Beschluss Kapitel 5: Fundament stärken – die zukunftsfeste Stadt

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
 Beschlussdatum: 21.01.2023
 Tagesordnungspunkt: TOP 3 Wahlprogramm zur Wahlwiederholung

1 Wir haben die vergangenen Jahre genutzt, das „Jahrzehnt der Investitionen“ ausgerufen und
 2 kräftig in die Zukunft der Stadt investiert. Wir haben U- und S-Bahn-Wagen in Milliardenhöhe
 3 bestellt, haben Milliarden für Schulbau und -sanierung ausgegeben, Tausende neue Stellen in
 4 der öffentlichen Verwaltung geschaffen und Gehälter auf den Durchschnitt der anderen
 5 Bundesländer angehoben, massiv in den Wohnungsbau investiert, genau wie in Energieeffizienz
 6 und die Digitalisierung der Verwaltung. Ein Paradigmenwechsel im Vergleich zu der Zeit von
 7 vor der grünen Regierungsverantwortung.

8 Berlin war heruntergewirtschaftet

9 2016 war die Stadt gezeichnet von vielen Jahren, in denen ein rot-roter Senat die Devise
 10 ausgegeben hatte: „Sparen, bis es quietscht!“ Gerade die Bezirke waren kaum noch
 11 handlungsfähig, so massiv waren die Finanzkürzungen und der Personalabbau. Die Berliner
 12 Wasserbetriebe waren verkauft, genau wie die vormals landeseigenen Wohnungsunternehmen
 13 „Gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft“ (GSW) und „Gemeinnützige Heimstätten-
 14 , Spar- und Bau-Aktiengesellschaft“ (GEHAG), die mittlerweile zum Verbund der „Deutsche
 15 Wohnen SE“ gehören. Regelmäßige Entwicklungskonzepte für die Bezirke und die Stadt und die
 16 Sicherung von Flächen für soziale Infrastruktur waren Fremdwörter – stattdessen wurden
 17 Schulstandorte verkauft. Berlin hing bei der Bezahlung der Beamt*innen weit hinter der
 18 Bezahlung in anderen Bundesländern zurück, der Begriff Digitalisierung war für große Teile
 19 der Politik ein Fremdwort und eine Senatsstrategie gegen die Klimakrise noch nicht mal am
 20 Horizont erkennbar.

21 Die Berliner Verwaltung hat Handlungsfähigkeit zurückgewonnen

22 Seitdem ist viel passiert: Wir haben den Bezirken Handlungsfähigkeit zurückgegeben. In der
 23 Wahlperiode 2016 bis 2021 haben wir die Bezirksverwaltungen um über 4.000 auf etwa 24.300
 24 Stellen aufgestockt. Ein Plus von 20 Prozent in einer Legislaturperiode. Die
 25 Bezirkshaushalte konnten wir sogar um 25 Prozent auf heute rund 7,6 Milliarden Euro
 26 steigern. Diesen Weg gehen wir in der aktuellen Legislaturperiode weiter. Um
 27 Handlungsfähigkeit vor Ort zu schaffen, haben wir seit 2016 einmalige Sonderprogramme
 28 verstetigt und wieder in die Verantwortung der Bezirke und ihrer „Globalsumme“
 29 zurückgegeben. Der „Zukunftspakt Verwaltung“ wurde im Mai 2019 unterzeichnet: Damit haben
 30 sich der Regierende Bürgermeister, alle zwölf Bezirksbürgermeister*innen und alle
 31 Senator*innen auf ein konkretes gemeinsames Vorgehen verständigt, um Berlins Verwaltung
 32 effektiver und effizienter zu machen. Jetzt müssen wir den nächsten Schritt gehen und die
 33 Modernisierung der Strukturen auf Landes- und Bezirksebene weiter zügig umsetzen.

34 Das Berliner Vermögen halten und ausbauen

35 Gemeinwohl braucht öffentliche Ressourcen und eine soziale Bodenpolitik. Wir wollen das
 36 Vermögen des Landes Berlin sichern und ausbauen. Mit der Privatisierung öffentlichen
 37 Eigentums haben wir Schluss gemacht. In der kommenden Legislaturperiode werben wir weiter
 38 bei anderen Parteien für eine echte Privatisierungsbremse in der Berliner Verfassung. Um den
 39 Aufbau von Berlins Vermögen voranzutreiben, werden wir die neu gegründete „Berliner
 40 Bodenfonds GmbH“ ausbauen und die strategischen Ankäufe von Liegenschaften forcieren. Dabei

41 wollen wir mit zivilgesellschaftlichen Initiativen, Genossenschaften und Stiftungen
42 kooperieren.

43 Finanzpolitik, Verwaltung und Bezirke auf Klimaneutralität ausrichten

44 Gemeinwohl geht einher mit dem Ziel, Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen. Wir verstehen
45 die Finanz- und Haushaltspolitik in Land und Bezirken als zentralen Hebel dafür. Mit einem
46 Berliner Klima-Budget werden wir den Ausstoß von CO₂ reduzieren und die Reduzierung von
47 Treibhausgasen auch noch stärker in die Logik der Bezirksfinanzierung einfließen lassen. Der
48 Berliner Klimaschutzrat soll die Einhaltung der Budgets und die Umsetzung überwachen.

49 Berlin neu ordnen und die personelle Erneuerung schaffen

50 Um Gemeinwohl und Klimaneutralität zu erreichen, brauchen wir eine leistungsstarke
51 Verwaltung: modern und effizient, digital und klimaneutral. Berlin kann nur dann
52 funktionieren, wenn dabei alle Ebenen und die Ressorts eng zusammenarbeiten. Darum werden
53 wir die sogenannte „gesamstädtische Steuerung“ und Zuständigkeiten neu ordnen. Zu Themen
54 und Aufgaben von gesamstädtischer Bedeutung wollen wir ressort- und ebenenübergreifende
55 Planungen und Strategien entwickeln und entsprechende Zielvereinbarungen zur Umsetzung
56 schließen. Um sicherzustellen, dass die mit den Zielvereinbarungen gesetzten Ziele
57 eingehalten werden, wollen wir hierfür die Fachaufsicht der jeweils zuständigen
58 Senatsverwaltung wieder einführen. Reibungsverluste und Verantwortungswirrwarr zwischen
59 Hauptverwaltung und Bezirken wollen wir so konsequent beseitigen. In den kommenden Jahren
60 wird ein erheblicher Teil der Beschäftigten altersbedingt ausscheiden. Wir sehen den
61 demografischen Wandel als Chance für die Verwaltungsmodernisierung. Damit frischer Wind in
62 die Verwaltung kommt, machen wir das Land Berlin zu einem attraktiven Arbeitgeber, bei dem
63 sich Mitarbeitende wohl und willkommen fühlen. Wir richten das Arbeitsumfeld auf die
64 Bedürfnisse der Menschen aus: Mit zeitgemäßer Arbeitsplatzausstattung, flexiblen
65 Arbeitsmodellen und neuen Raumkonzepten für kreatives Arbeiten und zum Austausch unter
66 Kolleg*innen werden wir neue kluge Köpfe werben und binden, Motivation und Eigeninitiative
67 fördern und die Berliner Verwaltung so divers aufstellen, wie es die Bevölkerung dieser
68 Stadt längst ist.

69 Lokale Demokratie in den Bezirken stärken

70 In den Bezirken legen wir einen Schwerpunkt darauf, die lokale Demokratie weiter zu stärken,
71 so dass die Bezirke über die Aufgaben, die sie in eigener Verantwortung wahrnehmen,
72 tatsächlich vor Ort entscheiden können. Die Bezirksämter wollen wir künftig nicht mehr nach
73 Parteienproporz besetzen, sondern eine echte „Bezirksregierung“ schaffen, also ein
74 Bezirksamt mit klaren Verantwortlichkeiten für die Entscheidungen auf der einen Seite und
75 klarer Oppositionsrolle der nicht im Bezirksamt vertretenen Parteien auf der anderen, die
76 dafür zusätzliche Rechte für ihre Fraktionen in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV)
77 erhalten. Nur mit einem solchen „politischen Bezirksamt“ wird für die Bürger*innen
78 ersichtlich, wer für welche Politik geradesteht. Damit geht einher, dass wir die
79 Bezirksverordnetenversammlungen stärken wollen, zum Beispiel dadurch, dass künftig noch mehr
80 ihrer Beschlüsse tatsächlich eine bindende Wirkung haben. Für die dafür erforderlichen
81 Änderungen in der Verfassung werden wir uns einsetzen.

82 Die Zeiten von „Sparen, bis es quietscht!“ müssen endgültig vorbei sein. Die Corona-Krise
83 stellt uns vor große finanzielle Herausforderungen, aber Kürzungen der öffentlichen Ausgaben
84 und Investitionen würde sie letztlich nur schlimmer machen – das hat uns die Vergangenheit
85 gelehrt. Zumal auch unterlassene Investitionen in die Unterhaltung und Modernisierung der
86 städtischen Infrastruktur versteckte Schulden sind. Wir werden weiter in die Stadt
87 investieren: für ein Berlin mit einer guten Grundversorgung für alle, das dem 1,5-Grad-Pfad

88 folgt, für effiziente Verwaltungen in Land und Bezirken und für eine demokratische, gerechte
89 und vielfältige Hauptstadt.

90 5.1 Grüne Finanzpolitik – Daseinsvorsorge sichern, Berlin klimaneutral und gerechter machen

91 Berlin ist auf einem guten Weg. Nach Jahren des Kaputtsparens haben wir 2016 einen neuen
92 Kurs eingeschlagen. Wir haben massiv investiert in die Zukunft der Stadt, in Schulen, U- und
93 S-Bahnen, Fahrradwege, Krankenhäuser, mehr Personal und Digitalisierung. Die Corona-Krise
94 hat die Vorzeichen neu gesetzt. Zum ersten Mal seit Jahren mussten wir neue Kredite
95 aufnehmen. Wir haben dies getan, um die wirtschaftliche Aufholjagd der Stadt in den letzten
96 Jahren und ihre weitere Entwicklung abzusichern – viele Unternehmer*innen wurden mit
97 Soforthilfeprogrammen vor dem Ruin gerettet, mit Konjunkturmaßnahmen ermöglichen wir der
98 Wirtschaft einen guten Start aus der Krise. Es wäre die falsche Antwort, die Kosten der
99 Krise mit überzogener Sparpolitik begleichen zu wollen, da sie die Krise nur noch teurer
100 macht. Daher bleiben wir auf Kurs. Wir bekennen uns weiterhin zu einer nachhaltigen
101 Haushaltspolitik und dem Schuldenabbau, ebenso wichtig sind aber Investitionen in die
102 Zukunft. Dazu gehört, eine gute Daseinsvorsorge zu sichern, in die funktionierende Stadt zu
103 investieren, Berlin klimaneutral zu machen und für mehr Gerechtigkeit zu sorgen. Gerade im
104 Bereich der Förderungen bleibt im Moment noch zu viel Fördergeld ungenutzt. Wir wollen die
105 Strukturen der IBB reformieren, um zukünftig keine Mittel der EU, des Bundes oder des Landes
106 liegen zu lassen.

107 Daseinsvorsorge ist staatliche Aufgabe

108 Es war ein Fehler, in den Jahren vor 2016 unter SPD, CDU und Linkspartei Vermögen im Wert
109 von ca. 16,5 Milliarden Euro zu verscherbeln. Dieser Privatisierung öffentlichen Eigentums
110 haben wir in der Landeshaushaltsordnung einen Riegel vorgeschoben. Ein wichtiger Schritt,
111 aber nicht genug. Wir wollen eine echte Privatisierungsbremse in Form eines
112 Bodensicherungsgesetzes und durch eine Änderung in der Berliner Verfassung. Dafür werben wir
113 um Mehrheiten über die Parteigrenzen hinweg. Dabei gilt: Das Grundstockvermögen darf in
114 seinem Wertbestand grundsätzlich nicht verringert werden. Ausnahmen gibt es per Gesetz und
115 in außergewöhnlichen Notsituationen mit einer Mehrheit des Abgeordnetenhauses.

116 Eine endgültige Abkehr von der Privatisierungspolitik früherer Zeiten ist uns aber nicht
117 genug. Wir wollen das städtische Vermögen weiter aufbauen und dabei neue Formen der
118 wirtschaftlichen Beteiligung von Bürger*innen etablieren. Zur langfristigen Stabilisierung
119 des Berliner Wohnungsmarktes und zur Sicherung einer guten sozialen und grünen Infrastruktur
120 streben wir an, dass mindestens 50 Prozent aller Wohnungen in Berlin in
121 gemeinwohlorientierter Hand sind, sichern Grund und Boden für das Gemeinwesen und vergeben
122 öffentliche Grundstücke grundsätzlich nur noch als Erbbaurechte. Bei Vergabeverfahren setzen
123 wir auf das beste Konzept, nicht den höchsten Preis. Public Private Partnerships stehen wir
124 kritisch gegenüber, da durch sie häufig höhere Kosten für die öffentliche Hand entstehen und
125 Gewinne meist an die Privaten gehen. Sinnvolle Ausnahmen sind zum Beispiel die
126 Zusammenarbeit von Energieanbieter*innen und Rathäusern zur Energieeinsparung (Energie-
127 Contracting) oder genossenschaftliche Beteiligungen von Bürger*innen. Sie können im
128 Einzelnen geprüft und gefördert werden.

129 Finanzpolitik – zentraler Hebel im Kampf gegen die Klimakrise

130 Wir wollen offenlegen, welche Sektoren und Ausgaben wie viel klimaschädliche CO₂-Emissionen
131 verantworten und einsparen müssen und damit Klimaschutz zu einer Maxime auch haushalts- und
132 finanzpolitischer Entscheidungen machen. Dafür führen wir ein Klima-Budget für die Haushalte
133 in Land und Bezirken ein. Wenn einzelne Bereiche hinter den Pariser Klimazielen und dem
134 davon abgeleiteten Berliner Einsparpfad zurückbleiben, muss zugunsten weiterer

135 Klimaschutzmaßnahmen im Haushalt umgesteuert werden. Die Versorgungsrücklagen und andere
136 Sondervermögen des Landes legen wir nach ethischen und ökologisch-nachhaltigen Kriterien an
137 – Gleiches gilt für Finanzanlagen, an denen das Land Berlin oder seine Gesellschaften
138 Anteile halten. Dieses sogenannte „Sustainable Finance“ soll ausgeweitet werden und
139 systematisch Anwendung finden, bis sämtliche dieser Vermögen klimaneutral angelegt sind. Mit
140 einer jährlichen Berichtspflicht gegenüber dem Abgeordnetenhaus und der Öffentlichkeit zur
141 Klima- und CO₂-Bilanz der öffentlichen Finanzanlagen schaffen wir Transparenz und stärken
142 die Nachfrage nach ökologischen Finanzmarktprodukten. Dafür werden wir auch mit der Ausgabe
143 von Green Bonds zur Finanzierung bestimmter öffentlicher Investitionsvorhaben, etwa im
144 Umwelt- und Verkehrsbereich, beginnen.

145 Finanzpolitik ist Gerechtigkeitspolitik

146 Gerechtigkeit ist für uns ein wichtiges Ziel, an dem sich auch die Einnahmen des Staates wie
147 seine Ausgaben messen lassen müssen. Im Bereich der sogenannten Ländersteuern und durch
148 eigene Abgaben können die Bundesländer einen Beitrag zur Umverteilung von Reichtum und zu
149 mehr Chancengerechtigkeit leisten. Dazu gehört die progressive Ausgestaltung der
150 Grunderwerbsteuer ebenso wie die Prüfung von Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der
151 Grundsteuer. Unser Ziel bleibt, Spekulation mit Boden einzudämmen, den öffentlichen Anteil
152 am Grundbesitz deutlich zu steigern und die Liegenschaftspolitik an Gemeinwohlkriterien zu
153 orientieren. Dazu braucht es eine strategische Ankaufspolitik. Dafür wollen wir den neu
154 gegründeten landeseigenen „Berliner Bodenfonds“ ausbauen und dabei mit
155 zivilgesellschaftlichen Initiativen, Genossenschaften und Stiftungen kooperieren.

156 Die zweite Gerechtigkeitsfrage ist, wie Mittel ausgegeben werden. Künftige
157 Konjunkturprogramme wollen wir geschlechtergerechter ausgestalten. In den vergangenen Jahren
158 haben wir das Gender-Budgeting-Verfahren in Berlin novelliert und weiter vorangetrieben. In
159 der nächsten Legislaturperiode werden wir die Berliner Finanzpolitik durch ein
160 geschlechterspezifisches Controlling, ein Gender-Budgeting-Referat, einen
161 zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Beirat sowie durch Weiterbildungen innerhalb
162 der Verwaltung noch geschlechtergerechter gestalten. Wir setzen uns ferner dafür ein, dass
163 sich die gesellschaftliche Vielfalt in Berlin auch in der öffentlichen Förderung
164 widerspiegelt. Um Bürger*innen mehr direkte Mitsprache über die Verteilung von öffentlichen
165 Mitteln zu geben, setzen wir uns weiterhin für ein Pilotprojekt Bürger*innenhaushalt auch
166 auf Landesebene ein.

167 Wir arbeiten in Berlin für mehr Verteilungsgerechtigkeit – und genauso von Berlin aus auf
168 Bundesebene. Das Steuerschlupfloch Share-Deals, mit dem Investor*innen beim Immobilienkauf
169 die Grunderwerbsteuer umgehen, wollen wir auf Bundesebene schließen. Außerdem werden wir zur
170 Finanzierung nötiger Investitionen Initiativen im Bundesrat ergreifen, auch um die
171 Schuldenbremse für die Länder flexibler zu gestalten. Wir wollen die Einführung einer neuen
172 Vermögensteuer zugunsten der Länderhaushalte, nicht nur um der immer größeren Ungleichheit
173 von Vermögen entgegenzuwirken, sondern auch um die notwendigen Bildungsaufgaben von der Kita
174 bis zur Hochschule zu finanzieren. Wir setzen uns zudem für die Einführung einer
175 Anzeigepflicht für sogenannte Steuergestaltung und ein Bundesfinanzamt für (internationale)
176 Konzerne und Einkommensmillionär*innen ein, um Steuereinnahmen wirkungsvoll zu sichern, und
177 wir werden keinen Steuerreformen zustimmen, die zu Mindereinnahmen führen und die Schere
178 zwischen Arm und Reich vergrößern.

179 5.2 Verwaltung fit machen – modern und effizient, digital und vielfältig

180 Eine gute Verwaltung ist Voraussetzung für eine funktionierende Stadt – dafür, dass Anliegen
181 und Anträge von Bürger*innen oder Unternehmen schnell bearbeitet werden, Beteiligung
182 selbstverständlich wird sowie Fahrradwege und Schulen zügig gebaut werden. Zuletzt hat die

183 Corona-Pandemie einmal mehr gezeigt, wie elementar es für uns alle ist, eine gut
184 ausgestattete, effiziente Verwaltung zu haben. Wir wollen eine Verwaltung, die besten
185 Service garantieren kann und in der bei jeder Aufgabe stets alle Abläufe schnell und
186 reibungslos ineinandergreifen. All das funktioniert nur mit klaren Strukturen, der richtigen
187 Technik, qualifizierten Leuten und einer zentralen Steuerung im Sinne gemeinsamer Standards.
188 Wir wollen Berlins Verwaltung vollständig digitalisieren und die Mitarbeiterschaft so divers
189 aufstellen, wie unsere Stadt auch tatsächlich ist. Vielfalt und gute Arbeitsbedingungen sind
190 die Basis für Kreativität und Motivation. Berlin soll auf den 1,5-Grad-Pfad kommen, die
191 Berliner Verwaltung muss auch hier zum Vorbild werden, ermutigt und in die Lage versetzt
192 werden, neue, bessere und schnellere Konzepte auf dem Weg zu diesem Ziel in die Umsetzung zu
193 bringen. Hierfür werden wir die enormen Hebelwirkungen als größte Arbeitgeberin Berlins
194 nutzen.

195 Gesamtstädtische Steuerung als gemeinsames Handeln – die Beziehungen von Land und Bezirken
196 neu ordnen

197 Berlin kann nur funktionieren, wenn die Ebenen der Verwaltung und die Ressorts eng
198 zusammenarbeiten und gemeinsame Ziele verfolgen. Eine Verbesserung dieser „gesamtstädtischen
199 Steuerung“ ist Herzstück des „Zukunftspakts Verwaltung“, den wir 2019 geschlossen haben, und
200 zugleich Maßgabe für unsere Arbeit in der kommenden Legislaturperiode. Wir wollen zu allen
201 Themen und Aufgaben von gesamtstädtischer Bedeutung ressort- und ebenenübergreifende
202 Zielvereinbarungen treffen. Diese Zielvereinbarungen berücksichtigen neben quantitativen
203 auch qualitäts- und wirkungsorientierte Aspekte öffentlicher Leistungserbringung, die
204 gemeinsam entwickelt und abgestimmt werden. Die Bezirke wollen wir auch zukünftig personell
205 und finanziell stärken, um vor Ort zusätzliche Handlungsspielräume zu eröffnen.

206 Gleichzeitig sind wir der Überzeugung, dass es eigentlich einer grundsätzlichen Neuordnung
207 der Beziehungen zwischen Land und Bezirken bedarf. Um das zu erreichen, wollen wir einen
208 Vorstoß wagen, bei dem Land und Bezirke ihre Zuständigkeiten und Kompetenzen neu ordnen.
209 Dies ist in manchen Punkten nur durch eine Verfassungsänderung und mit Zweidrittelmehrheit
210 im Abgeordnetenhaus möglich.

211 Die Berliner Verwaltung und die Steuerung der Stadt digitalisieren

212 Die Zukunft der Berliner Verwaltung ist digital. Wir wollen das vorhandene Berliner Service-
213 und Dienstleistungsportal zu einem digitalen Bürger*innenamt weiterentwickeln, das so viele
214 Verwaltungsdienstleistungen wie möglich automatisiert und mobil vorhält. Ihnen zustehende
215 Leistungen sollen den Bürger*innen wo möglich proaktiv vorgeschlagen werden, die nötigen
216 Anträge fristgerecht schon vorausgefüllt mit den vorhandenen Daten der Bürger*innen
217 bereitstehen. Auf dieser Grundlage werden wir die Mehrsprachigkeit von Bürger*innendiensten
218 sowie Beratungs- und Informationsangeboten ausbauen. Das ist komfortabel für die
219 Nutzer*innen und hilft zugleich der Verwaltung, Ressourcen einzusparen. So können sich deren
220 Mitarbeiter*innen besser um persönliche Belange und Einzelfälle kümmern. Die bestehende
221 Ordnungsamt-App wollen wir zu einem umfassenden „Mängelmelder“ weiterentwickeln, um die
222 Kommunikation zwischen Bürger*innen und Verwaltung zu modernisieren.

223 Aber auch die täglichen Abläufe und das Datenmanagement in unserer Smart City wollen wir
224 digitalisieren: Die intelligente Steuerung von Verkehrsströmen verhindert Stau und sorgt
225 dafür, dass Busse oder Leihräder immer genau da sind, wo sie gebraucht werden. Intelligentes
226 Müllmanagement sorgt für saubere Kieze, die Versorgung mit Kitaplätzen vor Ort wird
227 automatisch mit den Geburten- und Meldedaten in den Stadtteilen abgeglichen. Um Daten
228 systematisch zu erfassen und möglichst unabhängig nutzen zu können, wollen wir Datenhoheit
229 bei bestehenden Verträgen mit privaten Anbieter*innen prüfen und bei neuen sicherstellen.
230 Mit dem digitalen Bauamt beschleunigen wir energetische Modernisierungen und die Schaffung

231 bezahlbaren Wohnraums. Das Wohnungs- und Mietkataster ermöglicht eine effektive
232 wohnungspolitische Kontrolle.

233 Um auf diesem Weg voranzukommen, wollen wir die Zuständigkeiten für Digitalisierung, die
234 derzeit in der Senatskanzlei, in der Innen- und der Wirtschaftsverwaltung liegen, besser
235 strukturieren und zusammenführen. Wir brauchen eine zentrale Steuerungsstruktur, die mit
236 Durchgriffsrechten, Ressourcen und Budget ausgestattet ist. Damit das Zusammenspiel gut
237 funktioniert, werden wir den aktuellen Prozess zur Schaffung klarer IT-Rollen und einer
238 sinnvollen Aufgabenteilung zwischen Senats- und Bezirksverwaltungen weitertreiben und die
239 nötigen Mittel für eine moderne IKT-Ausstattung bereitstellen. Bis 2026 wollen wir alle
240 öffentlichen Gebäude ans Berliner Landesnetz angeschlossen haben und wir werden dafür
241 prüfen, inwieweit ein landeseigenes Unternehmen das Verlegen der fehlenden Glasfaserkabel
242 schneller meistert. Sicherheit und Effizienz sind für uns die Leitprinzipien der
243 Digitalisierung der öffentlichen Dienstleistungen. Ohne Datenschutz und IT-Sicherheit haben
244 Bürger*innen und die Wirtschaft kein Vertrauen in digitale Dienste. Klare
245 Verantwortlichkeiten, „Privacy by Design“, schnell reagierende Beschwerdestellen und ein*e
246 gut ausgestattete*r IT-Sicherheitsbeauftragte*r sind für uns integraler Bestandteil aller
247 Vorhaben. Gleiches gilt für die Effizienz: Mit zentralem Management der Hardware- und
248 Softwarestrukturen und Beauftragten der Bezirke sowie der Fachbereiche – wie zum Beispiel
249 Schulen – schaffen wir den richtigen Mix aus solider Struktur, einheitlichem
250 Sicherheitsniveau und flexiblem Eingehen auf besondere Bedürfnisse.

251 Digitalisierung bedeutet neue Anforderungen, sowohl für Verwaltungsmitarbeiter*innen als
252 auch für die Politik. Mobiles Arbeiten, digitale Kompetenz und eine neue Fehlerkultur sollen
253 Bestandteil von Weiterbildungen der Verwaltungsmitarbeiter*innen werden. Für neue
254 Vorschriften – von Gesetzen über Verordnungen bis hin zu Verwaltungs- und
255 Ausführungsvorschriften – soll es künftig einen Digitalisierungs-Check geben, damit wichtige
256 Fragen zur Umsetzung nicht viel zu spät gestellt werden und dann die Verwaltung überfordern
257 – sondern stattdessen „digital ready“ zur Verwaltungskultur wird. Schon für die Rechtsetzung
258 fordern wir daher digitaltaugliche Entscheidungen, in denen Recht, Organisation und IT von
259 Anfang an zusammen gedacht und multiprofessionell angegangen werden.

260 Diskriminierungsfreiheit bei Anwendung Künstlicher Intelligenz

261 Automatisierte Systeme und Künstliche Intelligenz (KI) können auch in der Berliner
262 Verwaltung einen wertvollen Beitrag leisten, wenn ihr Einsatz strengen Kriterien unterliegt,
263 um Diskriminierungsfreiheit und Transparenz sicherzustellen. Forschungsvorhaben und Start-
264 ups mit entsprechenden Schwerpunkten sollen besonders gefördert werden. Für den Einsatz von
265 KI in der öffentlichen Verwaltung sollen qualitätssichernde Prozesse, Tests und
266 Dokumentationspflichten vorgegeben werden, die die Entwicklung von möglichst objektiven,
267 gesetzeskonformen Algorithmen dokumentieren. Algorithmen und KI müssen auf ihre
268 Diskriminierungsfreiheit hin bewertbar werden. Dieser Prozess beginnt bereits bei der
269 Auswahl der Entwicklungsteams.

270 Personelle Erneuerung organisieren – die Verwaltung wird vielfältig

271 Verwaltung funktioniert nur mit motivierten Mitarbeiter*innen. In den kommenden Jahren wird
272 ein erheblicher Teil der Beschäftigten altersbedingt ausscheiden, für die anderen stehen
273 große Umbrüche an. Um neue kompetente Mitarbeiter*innen zu gewinnen, setzen wir auf gute
274 Arbeitsbedingungen, eine gute Bezahlung und gute Entwicklungsmöglichkeiten. Es ist uns
275 gelungen, dass Beamt*innen mit dem Ende der Legislaturperiode endlich den Durchschnitt der
276 Besoldung anderer Bundesländer erreichen. Künftig wollen wir mobiles Arbeiten zur Standard-
277 Option machen und durch Erleichterungen für Quereinsteiger*innen, Austauschprogramme auch
278 mit europäischen Partnerstädten, Qualifizierungsangebote oder Möglichkeiten, die Laufbahn zu

279 wechseln, attraktive Perspektiven schaffen. Darüber hinaus werden wir die
280 Einstellungsverfahren in der städtischen Verwaltung weiter beschleunigen.

281 Enquete-Kommission gegen Diskriminierung in der Verwaltung und in den (Sicherheits-)
282 Behörden

283 Für die Dauer der kommenden Legislaturperiode wollen wir eine parlamentarische Enquete-
284 Kommission einrichten. Ziel ist, diskriminierende Strukturen in der Berliner Verwaltung und
285 den (Sicherheits-)Behörden proaktiv und systematisch zu erfassen, diese abzubauen und die
286 Verwaltung offener und diverser zu machen. Sachverständige aus der Zivilgesellschaft können
287 dort ihre diskriminierungskritische Expertise einbringen und die vielfältigen Perspektiven
288 potentiell Betroffener sicherstellen.

289 Auch künftig gilt für uns „50 Prozent der Macht den Frauen“ – und das auch auf den höheren
290 Führungsebenen der Verwaltung. Um die Verwaltung für Schwarze Menschen, People of Color,
291 queere Menschen, Menschen mit Behinderung oder Menschen aus bildungsferneren Milieus
292 attraktiver zu machen, setzen wir bei Einstellungsverfahren bewusst auf Diversität. Alle
293 Führungskräfte der Verwaltung sollen Fortbildungen zum Thema Diversität bekommen.

294 5.3 Handlungsfähige Bezirke schaffen – vor Ort entscheidet sich unser Zusammenleben

295 Wir sind zuhause in den Kiezen und Stadtteilen. Hier entscheidet sich, wie wir gemeinsam
296 Berlin gestalten. Möglich ist das nur, wenn die Bezirke handlungsfähig sind. Als wir 2016
297 Regierungsverantwortung übernommen haben, war dies kaum noch gegeben. Das Spardiktat des
298 vorangegangenen Jahrzehnts hatte die Bezirke ausbluten lassen. Wir haben deshalb die
299 Personalstellen in der letzten Legislaturperiode in den Bezirken um 20 Prozent angehoben,
300 die finanziellen Mittel sogar um 25 Prozent und führen diesen Weg in der aktuellen
301 Legislatur weiter fort. Und wir haben Entscheidungsfreiheit an die Bezirke zurückgegeben. Um
302 diesen Weg fortzusetzen, wollen wir an die Strukturen ran und dabei gute
303 Bürger*innendienstleistungen in den Mittelpunkt stellen. Vor Ort muss sich beweisen, dass
304 die Stadt funktioniert sowie mehr Demokratie und Beteiligung möglich sind.

305 Soziale und ökologische Qualität in die Finanzierung der Bezirke integrieren!

306 Das Prinzip der Finanzierung der Bezirke ist zu einseitig an den Preisen ihrer
307 Dienstleistungen bzw. Produkte orientiert. Wenn die Aufgabe in einem anderen Bezirk
308 preiswerter erfüllt wird, besteht die Gefahr, dass andere nachziehen und die Qualität der
309 Leistungen sinkt. Diese Logik wollen wir durchbrechen, indem wir die mit der Kosten- und
310 Leistungsrechnung (KLR) verbundene Finanzierung (= Budgetierung) neu aufstellen. Wir wollen
311 neben Kostendaten auch Leistungs- und Qualitätsdaten erfassen, denn sie sind auch ein
312 Merkmal guter Politik. Konkret wird das zum Beispiel beim Klimaschutz und bei der sozialen
313 Infrastruktur. Wir wollen einen Anreiz für klimafreundliches und ressourcensparendes
314 Haushalten in die Logik der Bezirksfinanzierung integrieren. Dazu müssen die Finanzzuweisung
315 an die Bezirke und die Verteilung der Mittel innerhalb der Bezirke die soziale und
316 ökologische Qualität der Dienstleistungen ebenso berücksichtigen wie deren Mengen und
317 Kosten. Auch das Gender-Budgeting, also die Prüfung, ob die Mittel geschlechtergerecht
318 eingesetzt werden, wollen wir weiter stärken.

319 Die derzeitige Logik des Wettbewerbs führt dazu, dass Innovationen nicht geteilt werden, da
320 mehr Effizienz in anderen Bezirken neue Sparzwänge erzeugt. Wir wollen gemeinsames Ringen um
321 den besten Weg, kein Gegeneinander. Gerade bei der Schulsanierung hat sich gezeigt, dass die
322 Bezirke an Grenzen kommen. Darum wollen wir Bezirkskooperationen ausbauen und Prozesse
323 effizienter gestalten, um Kosten zu senken.

324 Über die Logik der KLR, in der über sogenannte „Produkte“ Einzelleistungen abgerechnet
325 werden, können zum Beispiel Kosten für kulturelle Angebote kaum abgebildet werden. Manche
326 Angebote zeichnen sich durch viele Besucher*innen aus, andere durch eine lange Verweildauer.
327 Das lässt sich nicht in Preis-Mengen-Kategorien fassen. Darum wollen wir ausprobieren, ob
328 und wie Kultur- und Weiterbildung und die mit den stadtweiten Zielvereinbarungen verbundenen
329 Aufgaben aus der Globalsummen-Budgetierung herausgenommen und stattdessen die Zuweisungen
in
330 anderer Form berechnet werden können.

331 Eigenständigkeit der Bezirke stärken

332 Die Eigenständigkeit der Bezirke wollen wir weiter stärken. In den letzten Jahren haben wir
333 Sonderprogramme, die Bezirken vorschreiben, wie sie Geld zu verwenden haben, um ein Drittel
334 zurückgefahren und Mittel direkt in den Bezirksplanfonds gegeben. Künftig soll systematisch
335 gelten: Sonderprogramme dürfen nur noch als besondere Innovationsprogramme und nicht mehr
336 zur Finanzierung von Regelaufgaben eingesetzt werden.

337 All diese Veränderungen müssen sich in der Gesamtsumme der bezirklichen Mittel
338 widerspiegeln. Darum wollen wir die Bezirke künftig gesetzlich festgeschrieben an der
339 Erarbeitung und Bewirtschaftung der Bezirksplanfonds beteiligen. Wir wollen ein
340 Bezirkefinanzierungsgesetz beschließen, um Verbindlichkeit und Nachhaltigkeit in der
341 finanziellen Zusammenarbeit zwischen Senat und den Bezirken festzuschreiben. Unrealistische
342 Einnahmenvorgaben wollen wir so vermeiden und konkrete Bedarfe in den Mittelpunkt stellen –
343 inklusive höherer Qualitäts- und Nachhaltigkeitsstandards. Die eigenständige
344 ämterübergreifende räumliche Entwicklungsplanung zur Konkretisierung der Berliner
345 Flächennutzungsplanung (FNP) und zur damit begründeten Sicherung von Flächen für das
346 Gemeinwohl und den Ausbau sozialer und grüner Infrastruktur muss wieder personell und
347 finanziell gesichert sein.

348 Mehr Demokratie in den Bezirken

349 Die Bezirke sind Orte lokaler Demokratie und aktiver Beteiligung. Deshalb wollen wir die
350 nötige Flexibilität für die Bezirksämter sichern, ihre Struktur nach politischen
351 Schwerpunktsetzungen selbstständig festzulegen. Gleiche und starre Geschäftsbereiche in
352 allen Bezirken lehnen wir ab. In Zukunft wollen wir die lokale Demokratie stärker mit Leben
353 füllen. Bislang werden Bezirksämter nach Proporz besetzt – die Parteien stellen
354 Stadträt*innen entsprechend ihrem Wahlergebnis, anders als auf Bundes- und Landesebene, wo
355 eine politische Mehrheit die Regierung bestimmt. Dieses Prinzip wollen wir auch im Bezirk
356 als „politisches Bezirksamt“ einführen und damit die „Einheitsgemeinde Berlin“ in ihrer
357 dezentralen Verantwortung stärken. Nur so wird für die Bürger*innen nachvollziehbar, welche
358 Parteien für welche Politik in der Verantwortung stehen. Mehr Demokratie bedeutet auch, das
359 bezirkliche Parlament, die Bezirksverordnetenversammlung (BVV), zu stärken. Derzeit verfügen
360 die BVVen nur in einigen Bereichen über Entscheidungsrechte und können überall sonst
361 lediglich Verwaltungshandeln anregen. Das soll sich ändern, wir wollen mehr BVV-Beschlüsse
362 mit Rechtswirkung ausstatten. Außerdem sollen Bezirksverordnete die Möglichkeit erhalten,
363 auf unabhängige Expertise zurückzugreifen, vergleichbar mit dem wissenschaftlichen Dienst
364 des Abgeordnetenhauses.

365 Auch die direkte Beteiligung von Bürger*innen wollen wir stärken. Lokale Partizipation soll
366 durch Bürger*innenräte und Bürger*innen-Haushalte dauerhaft etabliert werden. Dazu wollen
367 wir gemeinsam mit Wissenschaftler*innen die verschiedenen Ansätze evaluieren und jeweils
368 passende Formate in allen Bezirken etablieren.

369 Politik vor Ort wird von Menschen gemacht. Wir haben die Stellen in den Bezirksverwaltungen
370 stark aufgebaut. Dies wollen wir fortsetzen, bis auch die Lücken der Vergangenheit
371 geschlossen sind. Systematisch gilt künftig: Werden neue Aufgaben auf die kommunale Ebene
372 übertragen, müssen dem auch die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen folgen.
373 Diversität ist für uns bei der Personalgewinnung ein zentrales Kriterium. Ziel ist, die
374 Bevölkerung in all ihrer Vielfalt abzubilden.

375 Jetzt ganz konkret: bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins

376 1. Privatisierung stoppen – Berlins Vermögen ausbauen

377 Wir wollen eine echte Privatisierungsbremse in Form eines Bodensicherungsgesetzes und eine
378 Änderung der Berliner Verfassung. Dabei gilt: Das Grundstockvermögen darf in seinem
379 Wertbestand grundsätzlich nicht verringert werden. Ausnahmen gibt es per Gesetz und in
380 außergewöhnlichen Notsituationen mit einer Mehrheit des Abgeordnetenhauses. Wir wollen, dass
381 Berlins Vermögen nicht nur stabil bleibt, sondern weiterwächst. Deshalb werden wir kritische
382 Infrastrukturen wie Energienetze in die öffentliche Hand zurückholen. Zur langfristigen
383 Stabilisierung des Berliner Wohnungsmarktes streben wir an, dass mindestens 50 Prozent aller
384 Wohnungen in Berlin in gemeinwohlorientierter Hand sind, sichern Grundstücke für soziale,
385 kulturelle und grüne Infrastruktur und vergeben öffentliche Grundstücke grundsätzlich nur
386 noch als Erbbaurechte.

387 2. Berliner Klima-Budget – ein Klima-Check für die Haushalte in Land und Bezirken

388 Klimaschutz wird zur Querschnittsaufgabe in der Berliner Verwaltung. Jeder Sektor – Verkehr,
389 Gebäude, Gewerbe, Abfallwirtschaft etc. – weist ein eigenes jährliches Klima-Budget aus.
390 Maßgeblich sind die Pariser Klimaziele sowie der daraus abgeleitete CO₂-Einsparpfad für
391 Berlin. Wird der nicht eingehalten, müssen die zuständigen Verwaltungen zugunsten
392 zusätzlicher Treibhausgas-Reduktionen nachsteuern: durch eine andere Prioritätensetzung im
393 Haushalt oder ordnungsrechtliche Maßnahmen. Dadurch wird Klimaschutz in Berlin
394 transparenter, kann effektiver kontrolliert werden und fließt stärker in die politische
395 Entscheidungsfindung ein. Gleichzeitig ermutigen wir die Verwaltungen, neue Konzepte und
396 Technologien zu erproben und umzusetzen.

397 3. Gemeinsame Ziele, klare Verantwortlichkeiten – Bezirke und Land stärken

398 Viele Aufgaben sind derzeit sowohl auf Landes- als auch auf Bezirksebene verankert. Dies
399 führt nicht selten zu Doppelstrukturen und lückenhaften, unklaren Zuständigkeiten. Für uns
400 gilt der Leitsatz: Aufgaben gehören auf die Ebene, die dafür am besten geeignet ist. Dabei
401 sollen Arbeitsbereiche, von der Planung bis zur Umsetzung, so weit wie möglich von einer
402 einzelnen Verwaltung verantwortet werden. Entscheidend dabei ist, dass der jeweiligen
403 Zuständigkeit auch das notwendige Geld folgt. Zugleich wollen wir Berlin durch ein besseres
404 Zusammenspiel der Ebenen voranbringen, indem wir für alle relevanten öffentlichen Aufgaben
405 und Bürger*innendienstleistungen Zielvereinbarungen abschließen. Damit beschleunigen wir
406 auch die Modernisierung der Stadt.

407 4. Alle Leistungen der Verwaltung digital und aus einer Hand

408 Wir wollen aus dem Berliner Service- und Dienstleistungsportal ein attraktives digitales
409 Bürger*innenamt machen. Alle Verwaltungsdienstleistungen sollen dort online, medienbruchfrei
410 und auch mobil zugänglich sein. Dazu wollen wir die bundesgesetzlichen Voraussetzungen
411 schaffen und die internen Verwaltungsabläufe vollständig digitalisieren. Unser Ziel ist, das
412 Hin und Her zwischen verschiedenen Ämtern, Internetseiten und Online-Formularen zu beenden.
413 Wir Grüne tragen zugleich Sorge dafür, dass alle Behörden ihre IT-Infrastruktur mit den

414 gebotenen Sicherheitsanforderungen betreiben und ihre Mitarbeiter*innen umfassend geschult
415 werden.

416 5. Bezirke: Nicht der billigste Preis, sondern die beste Leistung gewinnt!

417 Das Prinzip der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR), auf der die Finanzierung der Bezirke
418 basiert, gerät bei knappen Budgets schnell zu einem ruinösen Wettbewerb um den billigsten
419 Preis. Das führt zu weniger Qualität und unterschiedlichen Standards in den zwölf Berliner
420 Bezirken. Wir wollen Kooperation statt Konfrontation und einen Wettbewerb um die beste
421 Leistung, nicht die billigste. Darum werden wir bei der KLR die Kostendaten mit
422 verbindlichen Qualitätsstandards definieren.